

Jochen Ernst

Alterserwerbstätigkeit und Ruhestand in Ostdeutschland

Abstract

Der Artikel behandelt Tendenzen der Alterserwerbsarbeit in den neuen Ländern sowie die sozialen Folgen der vorzeitigen Berufsaufgabe. Anhand von Daten der amtlichen Statistik, der Sozialberichterstattung und eigenen Erhebungen wird gezeigt, daß sich in Ostdeutschland die Erwerbschancen in den letzten Jahren zuungunsten älterer Beschäftigter entwickelten. Die Arbeitsmarktrisiken für diese Altersgruppe werden sich dabei in Zukunft weiter verfestigen. Die berufliche Frühausgliederung wird sich wegen geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger und - aus der Sicht der Betroffenen - auch ungünstiger gestalten. Die sozialen Folgen der Frühverrentung in den neuen Ländern sind differenziert zu betrachten. Trotz mitunter einschneidender Veränderungen im Lebensvollzug infolge der Berufsaufgabe, beurteilen Ältere ihre soziale Situation sehr differenziert. Die Wertungen sind - im Kontext des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland - ambivalent und häufig instabil, wobei die gewonnenen Befunde auf sozialpolitischen Handlungsbedarf verweisen, um die möglichen negativen Folgen der Frühverrentung, vor allem im Bereich der psychosozialen Befindlichkeit, zumindest zu entschärfen.

1 Einleitende Bemerkungen

Das Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystem der neuen Bundesländer ist derzeit mit einer tiefgreifenden Struktur- und Anpassungskrise konfrontiert. Die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern wird dabei auch in nächster Zeit keinen Aufschwung erleben, der sich merklich positiv auf die dortige Beschäftigungssituation auswirkt (Jagoda 1993). Bisherige Analysen zur Arbeitslosigkeit und zur Segmentierung von Erwerbschancen belegen eine deutliche Strukturalisierung typischer Beschäftigungsrisiken (ANBA 7/1993): Von der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt besonders betroffen sind Frauen, Ältere sowie Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Durch spezielle staatliche Frühverrentungsprogramme konnte aus arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Sicht bislang ein Großteil der Last der Beschäftigungskrise über die älteren Arbeitnehmer abgeleitet werden; aus der Betroffenenperspektive

stand mit diesen Optionen aber auch ein relativ sozial gesicherter Ausgliederungspfad zur Verfügung (Ernst 1995).

Im Folgenden sollen die Bedingungen und Folgen der Alterserwerbstätigkeit und des Übergangs in den Ruhestand in Ostdeutschland aufgezeigt werden. Dabei wird zunächst die Erwerbssituation älterer Personen in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1994 dargestellt, wobei auch kurz auf die Situation vor der Vereinigung eingegangen wird, um die Dynamik der gesellschaftlichen Wandlungen im Spannungsfeld Erwerbstätigkeit und Ruhestand zu verdeutlichen. In dem dann folgenden Abschnitt geht es um die Frage, welche sozialen Folgen sich aus dem - zumeist - vorzeitigen Übergang in den Ruhestand für die Betroffenen ergeben. Schließlich werden im letzten Teil einige sozialpolitische Schlußfolgerungen markiert. Zuvor werden kurz die verwendeten Datenquellen skizziert.

2 Datenbasis und Methode

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich - neben der Nutzung der Informationen der amtlichen Statistik - primär auf zwei Datenquellen.

Zum einen auf das Sozio-ökonomische Panel, zum anderen auf eine vom Autor durchgeführte Erhebung zum vorzeitigen Ruhestand in Ostdeutschland (LEIS).

Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine in den alten Ländern seit 1984, in den neuen seit 1990 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bzw. Infratest Sozialforschung durchgeführte Wiederholungsbefragung von Haushalten bzw. Personen.¹

Die LEIS (Leipziger Studie) ist eine vom Autor durchgeführte und von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte empirische Studie zu den Bedingungen und Folgen des vorzeitigen Ruhestandes in Ostdeutschland. Im Frühjahr 1993 wurden zu diesem Thema in der Stadt Leipzig über 300 Personen im Altersbereich zwischen 55 und 63 Jahren schriftlich postalisch befragt. Die Auswahl der Probanden erfolgte nach dem einfachen Zufallsprinzip aus der Adreßdatei des örtlichen Arbeitsamtes.² Vom Arbeitsamt Leipzig wurden zunächst 600 Personen angeschrieben und um ihre Mitarbeit gebeten. 344 Personen, das sind über 57 Prozent, äußerten ihre Bereitschaft und

1 Die Stichprobengrößen des SOEP liegen ab 1990 bei rund 4000 Personen (Ost) und etwa 9000 (West). Die wichtigsten Themenbereiche der Untersuchung betreffen die Veränderungen der Haushaltszusammensetzung, die Erwerbsbeteiligung, die berufliche Mobilität, Einkommensverläufe sowie die Wohnsituation (vgl. ausführlich: Schupp/Habich/Zapf 1996). Für die vorliegende Analysen wurden sowohl die Daten der Ost- als auch der Weststichprobe herangezogen. Sämtliche Ergebnisse, in denen nur deutsche Personen berücksichtigt wurden, entstammen eigenen Berechnungen.

2 Einziges Auswahlkriterium war, daß der Übergang den Altersübergang in das Jahr 1991 fiel. Damit sollte erreicht werden, daß die Personen zum Zeitpunkt der Befragung 1993 nicht mehr unter dem unmittelbaren Eindruck der Berufsaufgabe standen, die von der Mehrheit der Befragten natürlicherweise in der ersten Zeit sehr konfliktvoll erlebt wurde.

erhielten einen Fragebogen, insgesamt waren schließlich 309 Fragebögen verwertbar, davon 214 von Männern und 95 von Frauen. Die Geschlechterverteilung der nahezu einprozentigen Stichprobe repräsentiert dabei das Verhältnis in der Grundgesamtheit (Empfänger von Altersübergangsgeld im Arbeitsamtsbezirk Leipzig) innerhalb eines 95-prozentigen Konfidenzintervalls. Legt man die vom Arbeitsamt angeschriebenen 600 Personen als Basis zugrunde, beträgt die Ausfallquote 48,5 Prozent, was für eine postalische Befragung ein durchschnittlich bis gutes Resultat ist.

In Ergänzung zur standardisierten schriftlichen Befragung, mit den Daten zur objektiven Lebenssituation (z.B.: Haushalt, Familie, Einkommen, Beschäftigung, Freizeit) und zu subjektiven Lebenslagedimensionen (z.B.: Zufriedenheit, Bewertungen, Ansprüche) erhoben worden sind, wurde mit 16 ausgewählten Personen ein vertiefendes mündliches Interview durchgeführt, in dem vor allem der Einfluß des gesellschaftlichen Wandels auf die Lebenslage im Ruhestand sowie Entscheidungs- und Bewältigungsprozesse thematisiert wurden (Ernst 1995).

3 Die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland und die Situation älterer Arbeitnehmer

3.1 Ältere Arbeitnehmer und Ruhestand in der DDR

Charakteristisch für die DDR war bis in das Jahr 1990 hinein eine insgesamt hohe Erwerbsquote (Kohli 1995). Das in der Verfassung fixierte Recht auf Arbeit führte nahezu zur Vollbeschäftigung - ohne Formen struktureller und öffentlich verwalteter Arbeitslosigkeit. 1989 gab es nach den Angaben der Berufstätigenerhebung in der DDR etwa 8,8 Millionen ständig Berufstätige,³ was einem Beschäftigtenanteil (ständig Berufstätige bezogen auf alle Personen im arbeitsfähigen Alter) von etwa 80 Prozent entspricht (Rudolph 1990).⁴

Noch 1990 blieben in der DDR die Erwerbsquoten von Personen zwischen dem 30. und dem 50. Lebensjahr mit über 90 Prozent weitgehend stabil (Kohli 1995). Erst ab dem 55. Lebensjahr ist die Erwerbsbeteiligung rückläufig. In der Altersklasse 55-59 sinkt der Anteil der erwerbstätigen Personen auf unter 80 Prozent, in der Gruppe der 60-64jährigen Männer auf knapp 70 Prozent (Frauen dieser Altersgruppe bezogen in der Regel bereits Altersrente). Kennzeichnend für die älteren - und hier insbesondere

3 In die Berufstätigenerhebung nicht eingegangen sind die ca. 700.000 Beschäftigten des X-Bereiches (Rudolph 1990).

4 Eine hohe Erwerbsquote war zumindest bis zum gesellschaftlichen Umbruch in Osteuropa typisch für alle sieben Ländern des RGW (RGW= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; hierzu gehörten die Länder Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und die UdSSR) (Globokar 1983). Dies deutet darauf hin, daß es sich nicht um eine länderspezifische, sondern eher um eine systemspezifische Erscheinung handelt.

für die weiblichen - Beschäftigten war in der DDR ein steigender Anteil Teilzeitbeschäftigter ab etwa dem 45. Lebensjahr. Die Quote der teilzeitbeschäftigten Frauen zwischen 50 und 60 Jahren lag 1990 nach den Daten des SOEP bei ungefähr 27 Prozent.

Rentenübergänge streuten in der DDR relativ dicht um die gesetzlichen Altersgrenzen. Diese lagen bei 65 Jahren für Männer, bei 60 für Frauen. Analysen des SOEP 1990 zeigen, daß über 70 Prozent der männlichen bzw. über 80 Prozent der weiblichen Personen im Rentenalter seit dem 65. bzw. dem 60. Lebensjahr Rente bezogen. In der Regel wurde auch bis zu diesem Zeitpunkt gearbeitet, z.T. auch noch darüber hinaus. Die Rentnererwerbsquote lag in der DDR - im Vergleich zur BRD - relativ hoch. 1989 waren noch etwa 10 Prozent der Rentner berufstätig (Altenreport '90). Grundlage für eine Weiterarbeit im Rentenalter war das in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit, das ohne Alterseinschränkung galt sowie eine Reihe von ergänzenden und präzisierenden Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches der DDR.

Das Rentenrecht in der DDR war viel weniger differenziert als das der BRD. Gesetzlich fixierte vorzeitige Abgänge in den Ruhestand existierten nur für Personen einiger weniger Berufsgruppen, z.B. im Bergbau oder in der Nationalen Volksarmee. Darüber hinaus gab es für alle Beschäftigten die Möglichkeit der vorzeitigen Verrentung bei Invalidität, allerdings waren die entsprechenden Zugangsvoraussetzungen sehr restriktiv. Dennoch war im Verlauf der letzten Jahre vor der Vereinigung in der DDR ein steigender Anteil an Invalidisierungen zu konstatieren, wobei in erster Linie ältere männliche Personen betroffen waren (Schuldt 1991; Winkler 1990). Jedoch wurde damit nicht die Dominanz und Verbindlichkeit der gesetzlichen Altersgrenzen aufgelöst oder gar ein Trend zur Frühverrentung in Gang gesetzt, wie er für z.B. in Westeuropa in den letzten 20 Jahren typisch war (Jacobs/Kohli 1990). Letztlich - so eine These - blockierten die restriktiven rentenrechtlichen Konditionen, die ökonomistisch am Prinzip der „Inklusion in das Arbeitsverhältnis“ (Manow-Borgwardt 1993) festhielten, die Flexibilisierung der Rentenübergänge. Die Altersgrenzenpolitik der DDR stand permanent unter „Modernisierungsdruck“, denn sie entsprach zwar den Erfordernissen der Volkswirtschaft nach maximaler Ausschöpfung des Arbeitskräftevermögens, widersprach aber auf weiten Strecken den realen Bedingungen und Effekten, die sich unter sozial- und humanisierungspolitischen Aspekten aus dieser Strategie ergaben, und die sich u.a. in einer steigenden Invaliditätsrate widerspiegelten. Wirtschaftlich und (sozial)politisch induzierte Modifikationen der Ruhestandsgrenzen in anderen Ländern wie auch geänderte subjektive Präferenzen älterer Beschäftigter im eigenen Land wurden zwar wahrgenommen und diskutiert, führten aber nicht zur (partiellen) Neuregelung der Rentengesetzgebung bzw. zu erleichterten Bedingungen für den Bezug einer vorzeitigen Altersrente (Ernst 1995).

3.2 Die Situation älterer Arbeitnehmer nach der Vereinigung

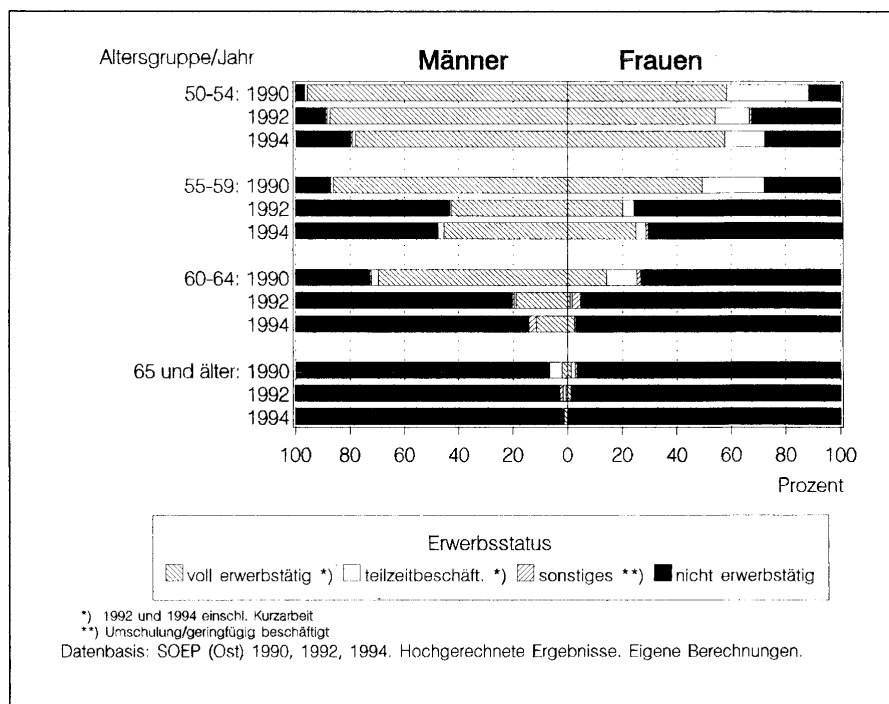
Die Erwerbschancen der ostdeutschen Bevölkerung haben sich seit der deutschen Vereinigung heterogen entwickelt. Ein massiver Rückgang der Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland ist ab Ende 1990 in starkem Ausmaß bei den 55-jährigen und Älteren festzustellen. In großer Zahl verließen sie über alters- und ostspezifische Ausgliederungspfade den Arbeitsmarkt⁵. Bis Ende 1992 - also bis zum Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung - gingen etwa 30 Prozent aller Abgänge aus der Erwerbstätigkeit zu Lasten der Altersgruppe ab 55 Jahren (Blaschke u.a. 1992). Allein mittels Vorruhestand und Altersübergang wurden in den neuen Ländern über 900.000 ältere Arbeitnehmer zwischen 55 und 60 bzw. 65 Jahren dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgegliedert⁶, zum jetzigen Zeitpunkt (Jahresende 1995) beziehen noch etwa 310.000 Personen diese Leistung (ANBA 10/1995). Auch die noch zu DDR-Zeiten erwerbstätigen Rentner (1989: ca. 250.000) verloren sehr rasch entweder im Vorfeld oder unmittelbar nach der Wiedervereinigung ihre Anstellung. Abbildung 1 dokumentiert die Entwicklung der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer in den neuen Ländern zwischen 1990 und 1994, differenziert nach Alter und Geschlecht. Deutlich wird, daß die Einbrüche in der Erwerbsbeteiligung zwischen 1990 und 1992 besonders drastisch bei den Männern zwischen 55 und 64 Jahren und bei den Frauen zwischen 55 und 59 verliefen. Waren 1990 lediglich 10 Prozent der 55-59jährigen Männer und 30 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe nicht erwerbstätig, so lag die Quote zwei Jahre später bei den Männern nahe der 60 Prozent-Marke, bei den Frauen erreichte sie fast 80 Prozent. Damit einher geht auch eine kontinuierliche Zurückdrängung alterstypischer Arbeitszeitregelungen. Dies betrifft insbesondere Teilzeitarbeit oder gelegentliches Arbeiten, also Regelungen, die vorzugsweise bei älteren weiblichen Beschäftigten eine bedeutende Rolle spielten.

Ende 1992 lief die Verordnung zum vorzeitigen Ruhestand aus, so daß ältere Personen ab 1993 nicht mehr ab dem 55. Lebensjahr in den Ruhestand wechseln

- 5 Im Frühjahr 1990 wurde noch unter der Regierung Modrow die „Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld“ erlassen. Älteren Personen wurde damit fünf Jahre vor Erreichung des Rentenalters, (also Männern ab 60 Jahren, Frauen ab 55) ein vorzeitiger Ruhestand ermöglicht. Mit dem Beitritt der DDR bzw. der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wurde die Vorruhestandsgeldverordnung ersetzt durch die Altersübergangsgeldregelung. Altersübergangsgeld konnten - nach mehrmaligen Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen - Männer und Frauen ab 55 Jahre beantragen, wenn sie sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hatten und Arbeitslosengeld für die Dauer von 832 Tagen beanspruchen konnten. Die Leistung in Höhe von 65 Prozent des pauschalisierten Nettoarbeitsentgelts der letzten drei Monate kann für maximal fünf Jahre (in der Regel also bis zum Erhalt einer Altersrente) gezahlt werden. Das für die Leistung maßgebliche Bruttoarbeitsentgelt wird in Anlehnung an die Rentenanpassung dynamisiert. Die Altersübergangsgeldregelung ist zum Jahresende 1992 ausgelaufen.
- 6 In den alten Bundesländern wurde im Vergleich dazu im Wirkungszeitraum des Vorruhestandsgesetzes (Mai 1984 bis Dezember 1988), also innerhalb einer wesentlich längeren Zeit, und bei einem wesentlich größeren Bestand nur etwa ein Drittel dieses Volumens (360.000 ältere Arbeitnehmer) über Vorruhestand und die 59er Regelung freigesetzt (Wolf 1992).

können, sondern - wenn sie mit 57 Jahren arbeitslos werden - 832 Tage Arbeitslosengeld erhalten können und im Anschluß daran eine vorgezogene Rente mit 60 Jahren. 1994 ist bei Personen zwischen dem 55. und 59. Lebensjahr ein geringfügiger Anstieg der Erwerbsbeteiligung zu konstatieren, der wohl im wesentlichen auf das Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung zurückzuführen sein dürfte, jedoch kaum auf gestiegene Erwerbschancen. Im Gegenteil: Die Zunahme der Nichterwerbstätigkeit von Personen zwischen 50-54 Jahren im Zeitraum 1992-1994 verweist vielmehr darauf, daß sich alterstypische Beschäftigungsrisiken noch stärker auf immer jüngere Altersgruppen verlagern bzw. ausdehnen, die fehlende Entlastungswirkung des Vorruhestandes in ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko auch für Personen vorgelagerter Altersgruppen umschlägt.

Abb. 1: Erwerbsbeteiligung älterer Personen in der DDR/ Ostdeutschland 1990-1994 nach Alter und Geschlecht



Die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland induziert einen massiven Ausgliederungsdruck auf ältere Arbeitnehmer, der sich in einem möglichst frühen Berufsaustritt manifestiert. So zeigen hier nicht weiter aufgeführte Analysen des SOEP, daß 1990 noch 13 Prozent aller Beschäftigten 55 Jahre oder älter waren, 1993 lediglich noch 5,6 Prozent. 1994 ist eine Zunahme des Anteils Älterer auf über 7 Prozent zu konstatieren, was im wesentlichen damit zusammenhängen dürfte, daß allmählich jene Personen, die seinerzeit noch keinen Anspruch auf (staatliche) Vorruhestandsleistungen hatten und damit nicht definitiv vom Arbeitsmarkt abgeschöpft wurden, allmählich in die Altersgruppe der 55-jährigen und Älteren aufrücken. Relativ „problemlos“ konnten sie nun frühestens mit 57 Jahren (über den Pfad Arbeitslosigkeit) den Arbeitsmarkt verlassen. Aktuelle Zahlen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zeigen, wie stark diese Regelung nunmehr frequentiert wird: 1994 bezogen etwa 52.000 Personen eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, für 1995 wird mit 290.000 Personen gerechnet, wobei der größte Teil dieser Rentner in den neuen Ländern lebt (DZA 1996). Die festen Altersgrenzen, die in Ostdeutschland bis dato relativ verbindlich den Rentenübergang markierten, spielen - hauptsächlich wegen der Einführung von Frühverrentungsregelungen - faktisch keine Rolle mehr. So sank auch das mittlere Alter, mit welchem Ältere (zwischen 55 und 70 Jahren) den Arbeitsmarkt verließen, von etwa 60 Jahren im Zeitraum 1990/1991 auf 57,7 1994, wobei in der Tendenz Frauen aufgrund altersspezifischer Altersgrenzen etwa 1-1½ Jahre eher in den Ruhestand wechseln.

Altersarbeitslosigkeit spielte bislang wegen der Vorruhestandsregelungen keine entscheidende Rolle. Allerdings zeigen die Daten der amtlichen Statistik, daß sich hier eine Trendwende anbahnt. Noch im September 1992 lag der Anteil älterer Arbeitsloser ab 55 Jahren bei 5 Prozent (ANBA 6/1993). Im Dezember 1994 waren bereits knapp 13 Prozent betroffen, und zum Jahresende 1995 liegt der entsprechende Anteil bei über 16 Prozent (ANBA 10/1995). Diese Tendenz wird sich wohl auch in nächster Zeit nicht umkehren, sondern eher verstärken. Angesichts der prekären Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland gab es im Vorfeld der heftig diskutierten Entscheidung um die Aufhebung der Altersübergangsgeldregelung Vorschläge, in denen sozial- und arbeitsmarktpolitisch begründet für die prinzipielle Beibehaltung einer ostdeutschen Sonderregelung zum vorzeitigen Ruhestand in den kommenden Jahren plädiert wurde⁷. Allen Anträgen wurde jedoch - vorrangig aus finanziellen Erwägungen heraus - nicht stattgegeben. Somit werden (vorzeitige) Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand in Ostdeutschland nicht nur stärker als bisher an (längere) Arbeitslosigkeit oder gesundheitliche Einbußen gebunden sein, sondern in Verbindung damit auch an spürbarere finanzielle Verluste.

⁷ Die SPD legte z.B. einen Gesetzentwurf vor, der die Verlängerung der Altersübergangsgeldes bis Dezember 1994 sowie geringfügige Modifikationen der bisherigen Regelung vorsah („Altersübergangsgeldgesetz“, Bundestagsdrucksache 12/3974). Die PDS/Linke Liste forderte in ihrem Antrag eine zeitliche Ausdehnung der bestehenden Altersübergangsgeldregelung bis Dezember 1995 (Bundestagsdrucksache 12/3737).

4 Frühverrentung und Folgen für die Betroffenen

Über den Verlauf, die Spezifik und die sozialen Folgen der Frühverrentung in Ostdeutschland liegen bis zum jetzigen Zeitpunkt nur wenig Erkenntnisse vor. Empirische Untersuchungen existieren - nach wie vor - nur in geringer Zahl.

Generell wird davon ausgegangen, daß der vorzeitige Ruhestand in Ostdeutschland für die Älteren erhebliche Belastungen und Bewältigungsprobleme mit sich bringt (Wolf 1991). Geringe finanzielle und materielle Absicherungen in Verbindung mit fehlenden oder nur geringen Rücklagen induzieren z.T. massive subjektive Existenzängste, die auch in den Lebensabschnitt nach dem Übergang in die Altersrente hineinprojiziert werden (Ernst 1993; Wolf 1991). Ältere erleben die Verdrängung aus der Erwerbsarbeit als Kontrollverlust oder sozialen Abstieg (Rosenow 1992); die mangelnde soziale und arbeitsmarktpolitische Ausbalancierung des Frühverrentungsprozesses wirkt in diesem Zusammenhang als zusätzlicher Belastungsfaktor (Wolf 1992). Mit dem Gedanken, seinen Arbeitsplatz unfreiwillig und definitiv zu verlieren, mußte sich in der DDR niemand auseinandersetzen. Individuelle Strategien des Umgangs mit dem dauerhaften Verlust der Arbeit oder tragfähige Erfahrungen einer „Vorgänger-Vorruhestandsgeneration“ waren demzufolge nicht vorhanden.

Die Berufsarbeit in der DDR hatte nicht nur einen hohen subjektiven Stellenwert in der Wertehierarchie Älterer, sondern stellte auch die zentrale Vergesellschaftungsinstanz der Individuen dar (Kretzschmar u.a. 1992; Habich/Noll 1992; Landua 1992). Pflicht- und Akzeptanzwerte waren - wie auch leistungs- und gesellschaftsorientierte Motive der Erwerbsarbeit - bei Älteren besonders ausgeprägt (Müller-Syring 1993). Wolf (1991) spricht deshalb davon, daß sich mit der Entberuflichung eine „Vergesellschaftungslücke“ auftut, die sich besonders in der Verlusterfahrung betrieblicher, kollegialer und beruflicher Bindungen und Strukturen sowie zentraler sozialer, kommunikativer und identitätsstiftender Elemente manifestiert. Hier wird die Generationsspezifität deutlich, die in der engen Verquickung von individueller „Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte“ der DDR (Wolf 1991) besteht und einen gesellschaftspolitischen und historischen Hintergrund entwirft, vor dem die Erfahrung des vorzeitigen Ruhestandes über die Reflexion des Verlustes der Arbeit oder betrieblicher Bindungen hinausgeht, insofern eine Umwertung von Elementen des „Lebenswerkes“ und der eigenen Vergangenheit stattfindet.

Einige Befunde legen nahe, daß es trotz der gleichartigen Ausgliederungsbedingungen unterschiedliche Formen (Typen) der Bewältigung gibt (Kretzschmar u.a. 1992; Bansemir/Kuhlmey 1992). Das gleichzeitige Erleiden und Anstreben der Frühausgliederung durch die Betroffenen - Rosenow (1992) gebraucht hierfür den Begriff der „strukturellen Ambivalenz“ - macht es jedoch schwer, Kriterien „gelingener Anpassung“ zu identifizieren, insofern die Frühverrentung kaum in ihrer Wirkung als isoliertes Lebensereignis erfassbar ist.

Den zentralen Belastungen, die mit dem Übergang in den vorzeitigen Ruhestand für die Betroffenen einhergehen, stehen auch entlastende Momente gegenüber, die aber in ihrer Wirkung als „relativ“ und somit geringer geschätzt werden (Rosenow 1992; Michel u.a. 1993). Im einzelnen sind das vor allem die im Vergleich zur Arbeitslosigkeit günstigere finanzielle Absicherung. Man entgeht mit dem Übergang in den Vorruhestand dem Druck des Arbeitsmarktes sowie den damit verbundenen generellen Unsicherheiten (z.B. möglichen Anpassungsproblemen im neu organisierten Arbeitsprozeß). Kretzschmar u.a. (1992) konnten jedoch zeigen, daß sich trotz verschlechternder Lebensbedingungen mitunter auch Belastungen relativieren. In diesem Zusammenhang ist auch auf Lehmann (1994) zu verweisen, der auf der Grundlage von biographischen Interviews belegt, daß die Bewältigung der Ruhestandssituation und die Auseinandersetzung mit der neuen Lebenssituation in starkem Maß eingebettet ist in eine „biographische Rückschau“ und somit differenzierter und nicht global negativ erfolgt.

Priller (1994) zeigt anhand von Querschnittsanalysen des SOEP (1991, Ost), daß infolge der Frühverrentung bei den Betroffenen kaum Symptome allgemeiner Verdrossenheit bzw. ein Rückgang der Lebenszufriedenheit konstatierbar sind. Vielmehr scheinen sich die Auswirkungen des vorzeitigen Ruhestandes im materiellen Bereich niederzuschlagen und damit einhergehend in dementsprechend schlechteren Bereichszufriedenheiten (z.B. Einkommenszufriedenheit). Ebenso zeichnet sich ab, daß für Vorruheständler zunehmend andere Lebensbereiche - jenseits der Erwerbsarbeit - bedeutsam werden.

Auch die eigene Untersuchung (LEIS) zu den sozialen Folgen der vorzeitigen Verrentung verdeutlicht, daß sich soziale Lagen im Vorruhestand aus einem komplexen Gefüge individueller und gesellschaftlicher Bedingungen ergeben (Ernst 1995). Der Prozeß der Berufsaufgabe als punktuelles Ereignis und die individuelle Kompetenz zur Bewältigung der neuen Situation werden von einer Reihe interagierender Faktoren überlagert. Hierzu gehören in erster Linie

- der sich in Ostdeutschland vollziehende gesamtgesellschaftliche Umbruch;
- Kohorteneffekte jahrzehntelanger beruflicher Sozialisation und biographischer Normalitätsstandards unter einem völlig anderen gesellschaftspolitischen Bedingungsgefüge sowie
- andere stattfindende oder stattgefundenene (kritische) Lebensereignisse.

Insgesamt - so zeigen die Auswertungen - ist bei den Betroffenen eine sehr differenzierte Sicht auf die Folgen der Frühverrentung zu konstatieren sowie eine eher gebrochene Beurteilung der eigenen Lage. Gewichtet werden von den Befragten sowohl negative, belastende Seiten als auch positive bzw. entlastende Momente. Es ergibt sich summa summarum das Bild einer ambivalenten Ausgeglichenheit. Nur eine Minderheit der Befragten urteilt ausgesprochen negativ, wie auf der anderen Seite auch nur für eine Minderheit positive Aspekte sichtlich dominieren.

Für die Mehrheit der Befragten stellte sich der unmittelbare Übergang in den Ruhestand als konfliktvoll dar. Ein Vergleich Ost-West ist instruktiv: Fiel es fast 60 Prozent der westdeutschen Älteren leicht, waren das im Osten nur 17 Prozent (vgl. Tews 1993). Ebenso verbinden Ostdeutsche mit der Berufsaufgabe häufiger negative Punkte als Westdeutsche. Nach einiger Zeit jedoch scheinen sich die Probleme zu entschärfen. Die Mehrheit verspürte zunehmend Entlastung. Das Negativbild vom Vorruhestand, das bei den Befragten dominant ausgeprägt war, wird von den meisten nach einiger Zeit relativiert.

Probleme mit der „freien“ Zeit infolge des Wegfalls der beruflichen Tätigkeit waren für viele Befragte nach einer schwierigen Eingewöhnungsphase (wenn auch nicht vollständig und nicht kontinuierlich) kompensierbar, für Frauen eher als für Männer. Neues wird seltener angefangen, häufig wird „liegen Gebliebenes“ erledigt oder werden Hobbys intensiviert. Aspekte der Zeitverwendung und typische Tätigkeiten im vorzeitigen Ruhestand sind dabei nicht nur Resultat eines größeren Zeitfonds, sondern auch prinzipiell neuer Möglichkeiten der Zeitverwendung infolge der Wiedervereinigung. Dies zeigen vergleichbare Zeitbudgetstudien (Priller 1992). Ein Teil der befragten Frührentner genießt bewußt die Ruhe und gewonnene Unabhängigkeit. Nahezu zwei Drittel der männlichen Befragten steht dem Rückzug in die Familie z.T. außerordentlich positiv gegenüber (Frauen: ein Drittel), möglicherweise wird hier ein Nachholbedarf deutlich.

Das Interesse an einer Nebenbeschäftigung ist groß, ebenso der Wunsch nach Rückkehr ins Berufsleben. Nicht in jedem Fall dominieren finanzielle Motive, sondern auch Bestrebungen nach Reintegration ins soziale Leben. Dies verdeutlicht, daß der vorzeitige Ruhestand in seiner symbolischen Bedeutung weniger den Abschluß eines erfolgreichen Arbeitslebens markiert, sondern von einem Großteil Betroffenen als Verdrängung aus dem Berufsleben interpretiert wird - obwohl man sich inzwischen und möglicherweise mit Erfolg in die neue Situation eingelebt hat.

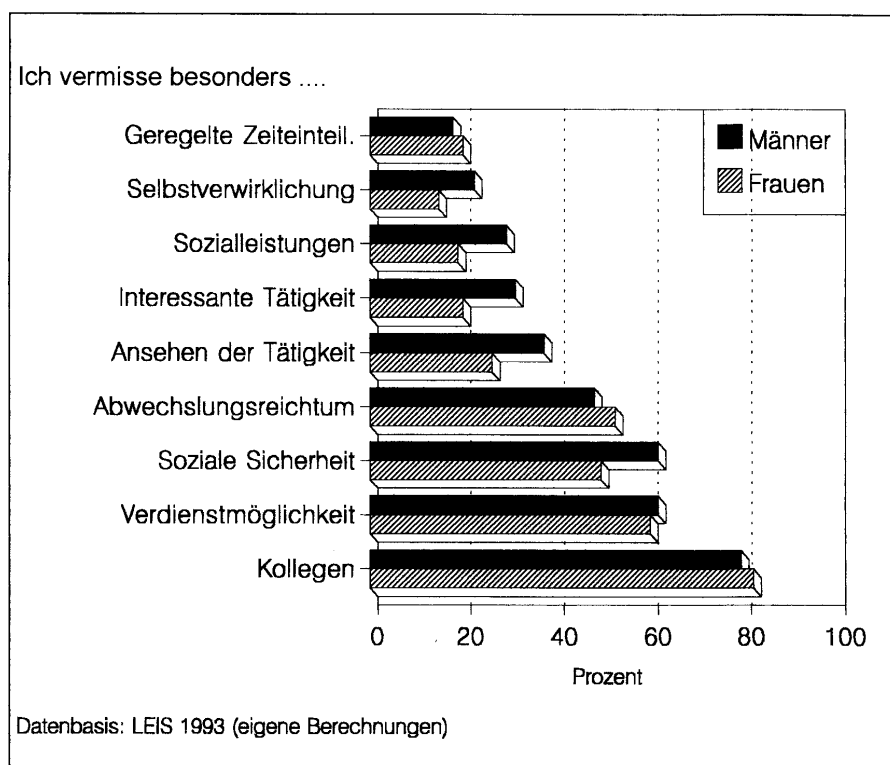
Der Wegfall von Sozialkontakten aufgrund der Berufsaufgabe - namentlich der Kontakt zu den Kollegen - wird von vielen Probanden als schmerzlicher Verlust wahrgenommen - auch dies ist ein Unterschied zu Westdeutschland (Tews 1993).

Ähnliches gilt für die Bewertung der finanziellen Verluste, die wegen der gesetzlichen Festlegung der Höhe des Altersübergangsgeldes auf 65 Prozent des Nettoarbeitsentgelts im Prinzip alle Befragten gleichermaßen betreffen. Vom größten Teil werden sie als überaus negative Seite hervorgehoben - ein Umstand, der in Erhebungen in den alten Bundesländern in dieser Schärfe nicht beobachtet wurde (Naegele 1992).

Allerdings führen die Einkommenseinbußen erst im Kontext eines niedrigen Haushaltseinkommens zu spürbaren Einschränkungen im Lebensstandard, was wiederum von Konstellationen im Haushalt, etwa dem Erwerbsstatus des Partners, abhängt. Zweipersonenhaushalte beispielsweise, in denen die Frau noch erwerbstätig ist, erzielen im Mittel das vergleichsweise höchste Einkommen, denn hier fällt das (im

Vergleich zu weiblichen Betroffenen) höhere Altersübergangsgeld des Mannes mit einem relativ guten Arbeitseinkommen zusammen. Knapp ein Drittel dieser Haushalte (2 Personen) erhält 3.000 DM/Monat und mehr. Bei anderen Konstellationen, wenn beispielsweise einer von beiden Altersrente oder Arbeitslosengeld bezieht bzw. beide Altersübergangsgeld erhalten, liegt dieser Anteil dagegen nur zwischen 3-6 Prozent. Besonders benachteiligt sind Einpersonenhaushalte (d.h. in der Regel: Frauenhaushalte), denn hier fällt individuelles und Haushaltseinkommen zusammen, so daß sich das verfügbare Einkommen im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten nochmals stark relativiert.

Abb. 2: Verlufterfahrungen von Männern und Frauen nach der Berufsaufgabe*



Das Einkommen als Dimension der Lebenslage hat entscheidende Bedeutung auch für andere Lebensbereiche, so z.B. für die Befriedigung von Bedürfnissen nach sozialer Integration und Interaktion. Ungewollte Einschränkungen in diesen Bereichen sind im wesentlichen auf die Einkommens- und Vermögenssituation rückführbar. Positiv wird von den Betroffenen die garantierte finanzielle Absicherung bis zur Rente empfunden - ein Aspekt, der mitunter als Vorteil gegenüber noch erwerbstätigen Älteren mit vergleichsweise höherem Einkommen, jedoch dem Risiko der Arbeitslosigkeit, herausgestellt wird. Andererseits herrscht Unsicherheit über die finanziellen Veränderungen, die sich mit dem Übergang in die Altersrente ergeben werden; die Angst vor Altersarmut beunruhigt nicht wenige der ostdeutschen Frührentner, ein Aspekt, der in vergleichbaren Erhebungen in den alten Ländern nicht registriert wurde (Wolf 1991).

Gesundheitliche Veränderungen infolge der Frühverrentung ergeben sich kaum und somit sind auch gesundheitliche Verschlechterungen nur bei einer Minderheit der Befragten festzustellen. Die aus Erhebungen in der alten Bundesrepublik bekannte Tatsache, daß nach der Frühverrentung eher eine zumindest subjektive Verbesserung der gesundheitlichen Situation eintritt (zusammenfassend: Naegele 1992), kann in Ostdeutschland nicht festgestellt werden. Tendenziell ist von einem gleichbleibenden oder allenfalls geringfügig verbesserten Gesundheitsbefinden auszugehen.

Für die Bewältigung der Frühverrentung eher vorteilhaft ist nach vorliegenden Analysen ein als hinreichend erlebtes Einkommen, wahrgenommene Verbesserungen des Gesundheitsbefindens sowie ein (vormals) nicht zu hoher Stellenwert der Berufsarbeit in Verbindung mit dem Wunsch nach vorzeitiger Berufsaufgabe. Besonders dann, wenn diese Merkmale zusammentreffen, ist ein größerer Grad an Freiwilligkeit des Übergangs zu konstatieren und damit verbunden eine positivere Bewertung der eigenen Lage. Für das Gesundheitsbefinden an sich - also in Unabhängigkeit davon, ob sich gesundheitliche Veränderungen seit der Berufsaufgabe ergeben haben - sowie für die Strukturmerkmale Alter und Geschlecht läßt sich dagegen nur ein schwacher und nicht signifikanter Einfluß feststellen. Frauen bewältigen die entstandenen Verluste mitunter eher bzw. können sie schneller kompensieren, was daran liegen könnte, daß für ostdeutsche Frauen die berufliche Tätigkeit eine von der wirtschaftlichen Situation und den mit der Arbeit verbundenen Statuszuweisungen relativ unabhängige Bedeutung hat bzw. hatte (Engelbrech 1993). Männliche Befragte halten häufiger als Frauen an der Identität von Lebens- und Berufsverlauf fest und haben Probleme, diesbezüglich eingetretene Defizite (vgl. auch Abbildung 2) zu kompensieren. Öfter als Männer waren Frauen bereits in Teilzeitbeschäftigungen tätig und müssen aus dieser Situation heraus ihr Leben weniger stark umstellen. Häufig greifen sie auf Tätigkeiten und Beschäftigungen im häuslichen Bereich zurück, die zwar für Männer generell auch zur Disposition stehen, allerdings weicht diese Form der Arbeitsaufteilung stark von deren klassischem Rollenverständnis ab.

Auch die berufliche Qualifikation als Dimension der Lebenslage steht nur in schwachem Zusammenhang mit der Bewältigung des vorzeitigen Ruhestandes, ihre Wirkung ist in Verbindung mit anderen Faktoren mitunter widersprüchlich. Dies gilt besonders für höhere berufliche Abschlüsse, insofern sie einerseits mit tragfähigeren coping-Strategien korrelieren, andererseits aber auch mit einer stärkeren Bindung an die Arbeit, die mitunter eine positive Bewältigung blockieren oder ihr entgegenwirken kann.

Querschnittsanalysen allerdings vermitteln nur ein begrenztes und unvollständiges Bild der sozialen Realität. So ist aus der gerontologischen Forschung bekannt, daß es sich beim Übergang in den Ruhestand keinesfalls um ein punktuellere Ereignis handelt, sondern um einen Statuswechsel mit einem dynamischen und variablen Verlauf. Mag sich der formale individuelle Übergang in den Ruhestand (wie beispielsweise in Ostdeutschland) in kürzester Frist vollziehen oder - wie bei zumindest einem Teil der Älteren in Westdeutschland - über verschiedene Zwischenphasen und somit zeitlich gestreckt, so lassen sich daraus nur vage Aussagen zum Problem der längerfristigen Bewältigung der Ruhestandssituation ableiten, wobei längerfristig in diesem Zusammenhang den Zeitraum meint, welcher der Eingewöhnungsphase folgt, die häufig noch unter dem Eindruck des unmittelbaren Übergangs steht. Die zeitliche Dauer dieser Phase wird in der Literatur unterschiedlich bestimmt; sie liegt zwischen wenigen Monaten und etwa zwei Jahren. Ein verlaufs- oder zumindest längsschnittorientierter Ansatz erweist sich also für die Analyse langfristiger Folgen der Entberuflichung als überaus sinnvoll⁸.

Hierfür bilden die Daten des SOEP eine gute empirische Grundlage. Dabei soll im Vergleich mit Kontrollgruppen getestet werden, wie sich über einen längeren Zeitraum hinweg der Übergang in den vorzeitigen Ruhestand auf objektive Ressourcen und subjektive Befindlichkeiten auswirkt. In das Sample gingen ostdeutsche Personen ein, die 1991 zwischen 55 und 60 Jahren waren, wobei sich die entsprechenden Teilstichproben wie folgt zusammensetzen:

Vorruhestand:	1991 erwerbstätig, ab 1992 nicht mehr erwerbstätig (n=85)
Nicht erwerbstätig:	1991 bis 1994 durchgehend nicht erwerbstätig (n=153)
Erwerbstätig:	1991 bis 1994 durchgehend erwerbstätig (n=30).

Die Gruppe der von 1991-1994 durchgehend Erwerbstätigen ist relativ schwach besetzt; die entsprechenden Daten sind somit mit Vorsicht zu interpretieren. Ebenso erscheint eine nach Geschlecht differenzierte Auswertung der SOEP-Daten aufgrund der kleinen Stichprobengrößen wenig sinnvoll.

Daneben werden zu Vergleichszwecken auch die Daten für alle ost- bzw. westdeutschen Personen insgesamt präsentiert. Hierbei handelt es sich allerdings nicht -

8 Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen - vor allem wenn es sich um Langzeitstudien von fünf und mehr Jahren handelt, und die Befragungspersonen in der Startwelle bereits älter waren -, daß sich ruhestands- und altersbedingte Problemlagen überschneiden können.

wie bei den anderen Teilstichproben - um Längsschnittauswertungen, sondern um Querschnitte. Alle Daten wurden mit den entsprechenden Quer- bzw. Längsschnitt-hochrechnungsfaktoren gewichtet.

Im einzelnen wurden die folgenden zentralen Indikatoren herangezogen: Das Haushaltseinkommen, das Gesundheitsbefinden und die Zufriedenheit mit der Gesundheit, Bereichs- und Lebenszufriedenheiten und Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung.

Tabelle 1 verdeutlicht zunächst die Entwicklung des Haushaltsäquivalenzeinkommens⁹.

Tab. 1: Die Entwicklung des Haushaltsäquivalenzeinkommens im Zeitraum 1991-1994

Sample	1991	1992	1993	1994	Index 1991-94 (1991=100)
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>					
Vorruhestand seit 1992	1098	1131	1286	1528	139
konstant nicht erwerbstätig 1991-94	870	1058	1245	1401	161
konstant erwerbstätig 1991-1994	1400	1647	2165	1993	142
<u>Querschnitt Ost, West</u>					
Gesamt-Ost	1014	1252	1469	1633	161
Gesamt-West	1963	2062	2170	2240	114

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost/West). Auswertungen für die Jahre 1991-1994. Hochgerechnete Ergebnisse. Eigene Berechnungen.

Deutlich wird, daß das Ausgangsniveau in der Höhe des Haushaltseinkommens bei erwerbstätigen Älteren 1991 deutlich über dem der Nichterwerbstätigen liegt und etwa dem Gesamtniveau in Ostdeutschland entspricht. Bis 1994 ist bei allen Teilstichproben ein (im Vergleich zu Westdeutschland) starker Einkommenszuwachs zu konstatieren, der zu einer relativen Entdifferenzierung im Einkommensniveau - vor allem bei den Nichterwerbstätigen - führt. Allerdings bleibt die absolute Höhe des verfügbaren Einkommens bei Älteren ohne Beschäftigung unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Möglicherweise sind es diese Tendenzen der Einkommensentwicklung, die zunehmend weniger Anlaß zur Sorge um die allgemeine und die eigene wirtschaftliche

9 Das Äquivalenzeinkommen trägt der Tatsache Rechnung, daß das Realeinkommen von der Haushaltsgröße und -struktur abhängt, mithin Mehrpersonenhaushalte günstiger wirtschaften können als Einpersonenhaushalte. Die Umrechnung des Haushaltseinkommens in das Äquivalenzeinkommen erfolgt mittels spezifischer Gewichte, die jede Person erhält und deren Summe dann durch das Haushaltseinkommen dividiert wird: Der Haushaltsvorstand erhält das Gewicht 1, jede weitere Person über 16 Jahren das Gewicht 0,66 und jede Person unter 16 das Gewicht 0,33 (Holst 1993).

Situation geben (Tabelle 2). Allerdings wird deutlich, daß ältere Nichterwerbstätige insgesamt sorgenvoller die allgemeine wirtschaftliche Situation betrachten als der Schnitt der Ostdeutschen - obwohl sie sich um ihre eigene Lage, möglicherweise mit Wissen um die privaten relativ stabilen finanziellen Verhältnisse, viel weniger sorgen.

Tab. 2: Die Entwicklung von Sorgen um die wirtschaftliche Situation im Zeitraum 1991-1994

Sample	1991	1992	1993	1994
<u>Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation¹</u>				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	60,9	34,2	55,1	52,0
konstant nicht erwerbstätig 1991-1994	56,4	38,7	45,5	46,7
konstant erwerbstätig 1991-1994	/	/	/	/
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	46,3	34,8	40,5	39,6
Gesamt-West	19,0	23,9	40,1	37,6
<u>Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation</u>				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	54,2	38,1	43,2	25,3
konstant nicht erwerbstätig 1991-1994	42,1	31,9	27,9	24,8
konstant erwerbstätig 1991-1994	/	/	/	/
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	37,4	30,1	27,5	25,4
Gesamt-West	10,2	12,6	13,1	17,1

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost/West). Auswertungen für die Jahre 1991-1994. Hochgerechnete Ergebnisse. Eigene Berechnungen. "/": Fallzahl < 30.

Die Tendenzen in Ost- und Westdeutschland divergieren. Der Anteil der westdeutschen Befragten, die sich große Sorgen machen, verdoppelte sich nahezu im Zeitraum 1991-94, liegt aber damit immer noch unter dem Niveau der neuen Länder, trotz daß sich hier ein Rückgang der Sorgen um die wirtschaftliche Lage vollzieht. Offenbar empfinden Westdeutsche im Zuge der „Niveauangleichung“ der alten und neuen Länder nachhaltig die seit der deutschen Einheit eingetretenen Einschnitte in der individuellen Wohlfahrt.

In der folgenden Tabelle (Tabelle 3) ist die Entwicklung des subjektiven Gesundheitsbefindens dargestellt. Zu dieser Variable liegen Informationen nur für die Jahre

1992 und 1994 vor. Gleichzeitig wird (im zweiten Tabellenteil) die Zufriedenheit mit der Gesundheit diskutiert.

Tab. 3: Die Entwicklung des Gesundheitsbefindens und der Gesundheitszufriedenheit im Zeitraum 1991-1994

Sample	1991	1992	1993	1994
Gesundheitsbefinden²				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	.	3,4	.	3,0
konstant nicht erwerbstätig 1991-94	.	2,9	.	2,8
konstant erwerbstätig 1991-1994	.	3,3	.	3,3
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	.	3,5	.	3,3
Gesamt-West	.	3,5	.	3,3
Gesundheitszufriedenheit³				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	5,6	6,3	5,8	5,5
konstant nicht erwerbstätig 1991-94	5,0	5,4	5,3	5,5
konstant erwerbstätig 1991-1994	6,3	6,2	6,8	6,2
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	6,6	6,6	6,4	6,3
Gesamt-West	6,5	6,6	6,5	6,4

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost/West). Auswertungen für die Jahre 1991-1994. Hochgerechnete Ergebnisse. Eigene Berechnungen. ".": nicht erfragt.

- Gemessen auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht). Diese Skala wurde jedoch spiegelbildlich gecodiert, um eine Harmonisierung mit den nachfolgenden Zufriedenheitsskalen zu erreichen. Hier bedeutet der kleinste Wert die größte Unzufriedenheit. Die aufgeführten Mittelwerte drücken also, je kleiner sie sind, auch ein entsprechend geringeres Wohlbefinden bzw. eine kleinere Zufriedenheit aus.
- Die Gesundheitszufriedenheit wurde - wie auch alle anderen Zufriedenheiten, die in diesem Abschnitt noch aufgeführt werden - mit einer 11er-Skala gemessen. 0 bedeutet dabei sehr unzufrieden, 10 sehr zufrieden.

Nichterwerbstätigen ist hingegen eine leichte Verschlechterung des Gesundheitsbefindens zu konstatieren.

Was die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Gesundheit betrifft, so zeigt sich im Jahr nach dem Übergang in den Ruhestand bei den Betroffenen ein deutlicher Anstieg der Gesundheitszufriedenheit, der offenbar durch erlebte berufliche und gesundheitliche Entlastungen hervorgerufen wird. Allerdings gehen auch diese -

relativ hohen - Werte bis 1994 kontinuierlich zurück und entsprechen schließlich dem Niveau der Nichterwerbstätigen. Damit liegen sie deutlich unterhalb des Gesamtdurchschnittes, und auch unterhalb der Wertes für die Personen, die konstant erwerbstätig waren. Da es sich bei den ostdeutschen Vorruheständlern nicht um Personen handelt, die wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes das Berufsleben aufgegeben haben - der Frühverrentungstrend wirkte in Ostdeutschland nicht selektiv -, kann diese Entwicklung auf einen relativ engen Zusammenhang zwischen dem Verlust der Arbeit und der negativen Entwicklung des Gesundheitsbefindens bzw. der Gesundheitszufriedenheit hindeuten.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard - dargestellt in Tabelle 4 im ersten Tabellenteil - entwickelt sich erwartungsgemäß: Ältere ostdeutsche Personen ohne Beschäftigung neigen aufgrund ihrer relativen finanziellen Schlechterstellung auch stärker zur Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard. Der Zufriedenheitsabfall an der Nahtstelle des Übergang in den Vorruhestand (1991/1992) belegt dies eindrucksvoll. Ältere Personen, die noch erwerbstätig sind, weisen hingegen - wie auch die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt - einen Zufriedenheitszuwachs zwischen 1991 und 1994 auf.

Insgesamt scheint sich jedoch der schlechter bewertete Lebensstandard nicht auf die Lebenszufriedenheit insgesamt niederzuschlagen, die immer eine bilanzierende und mehrere Ebenen des Lebensvollzug berücksichtigende Wertung zum Ausdruck bringt. Sie bleibt eher stabil, wenngleich unmittelbar nach dem Eintritt in den Vorruhestand ein geringer Anstieg der Zufriedenheit zu konstatieren ist (Erholungseffekt, „honey moon“). Ein deutlicher Zugewinn an Zufriedenheit mit dem Leben ist lediglich bei den durchgehend erwerbstätigen Älteren zu beobachten, was auf die besondere Rolle der Berufstätigkeit für Zufriedenheitsbilanzen und Wohlbefinden hindeutet.

Demgegenüber geht die erwartete Zufriedenheit mit dem Leben in allen Teilstichproben zurück. Dies ist bedenklich, vor allem dann, wenn - wie 1994 - bei älteren Nichterwerbstätigen die erwartete Lebenszufriedenheit unterhalb der gegenwärtigen liegt, also Entwicklungen antizipiert werden, die mittelfristig eine Einschränkung der Lebensqualität implizieren. Dies mag damit zusammenhängen, daß der größte Teil der Betroffenen in fünf Jahren über 60 ist und möglicherweise negative Stereotype vom Alter vorweggenommen werden. Da allerdings in (Ost-) Deutschland insgesamt der Wert für die erwartete Lebenszufriedenheit zurückgeht, kann dies auch als Effekt der allgemeinen sozialen Lage interpretiert werden, die bei einem Teil der Bevölkerung Zukunftsängste nach sich ziehen wenn möglicherweise die Situation der Kinder bzw. jüngerer Generationen reflektiert wird.

Tab. 4: Die Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und mit der Lebenssituation im Zeitraum 1991-1994

Sample	1991	1992	1993	1994
Zufriedenheit mit Lebensstandard				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	5,8	5,1	5,3	.
konstant nicht erwerbstätig 1991-1994	5,6	5,6	5,9	.
konstant erwerbstätig 1991-1994	6,4	6,1	7,1	.
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	5,9	5,8	6,2	.
Gesamt-West	7,3	7,1	7,3	.
Lebenszufriedenheit - gegenwärtig				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	5,8	6,1	6,0	6,0
konstant nicht erwerbstätig 1991-1994	5,9	5,9	6,1	6,1
konstant erwerbstätig 1991-1994	6,1	6,3	6,9	6,9
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	6,1	6,1	6,2	6,3
Gesamt-West	7,4	7,2	7,2	7,0
Lebenszufriedenheit - in 5 Jahren				
<u>Längsschnitt Ost: 1991 55-60 Jahre</u>				
Vorruhestand seit 1992	7,0	6,7	6,1	5,8
konstant nicht erwerbstätig 1991-1994	7,2	6,6	6,3	5,9
konstant erwerbstätig 1991-1994	6,9	6,7	7,0	6,5
<u>Querschnitt Ost, West</u>				
Gesamt-Ost	7,2	7,0	6,7	6,5
Gesamt-West	7,2	7,0	6,8	6,9

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost/West). Auswertungen für die Jahre 1991-1994. Hochgerechnete Ergebnisse. Eigene Berechnungen. ".": nicht erfragt.

5 Zusammenfassung und einige sozialpolitische Konsequenzen

Der Artikel thematisierte einige Tendenzen der Alterserwerbsarbeit in den neuen Ländern sowie Folgen der vorzeitigen Berufsaufgabe. Dabei wurde deutlich, daß sich

in Ostdeutschland die Erwerbschancen in den letzten Jahren zuungunsten älterer Beschäftigter entwickelten. Die Arbeitsmarktrisiken für diese Altersgruppe werden sich dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft weiter verfestigen, denn selbst dann, wenn man einen Beschäftigungsanstieg unterstellt, dürfte er die Älteren zuletzt erreichen. Solange jüngere Arbeitnehmer und Berufsanfänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, werden Personalentscheidungen in der Regel zuungunsten älterer Arbeitnehmer gefällt werden - und auch staatliche Maßnahmen (z.B. Lohnkostenzuschüsse) werden hier keine prinzipielle Trendwende bewirken. Das Alter bei endgültiger Aufgabe der Berufstätigkeit bzw. das (Früh-) Rentenzugangsalter hat sich im Osten auf einem relativ niedrigem Niveau stabilisiert und die Übergänge in den Ruhestand haben sich - nach dem Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung Ende 1992 - verstärkt über Erwerbs-/ Berufsunfähigkeitsrenten und vor allem über das vorgezogene Altersruhegeld nach vorangegangener Arbeitslosigkeit vollzogen. Damit war der berufliche Ausstieg für ältere Arbeitnehmer nicht nur an (längere) Arbeitslosigkeit oder gesundheitliche Einbußen gebunden, sondern auch an deutlichere finanzielle Verluste, die dann auch für die langfristige Sicherung im Alter negative Wirkungen haben werden. Eine nochmalige Verschlechterung der Ausgliederungsbedingungen aus dem Erwerbsleben mit möglicherweise nachhaltigen Folgen für die sozioökonomische Lage und das Wohlbefinden der betroffenen Älteren bedeuten die jüngst von der Bundesregierung getroffenen Neuregelungen zur Altersrente wegen Arbeitslosigkeit. Zwar konnte sich der ursprüngliche Entwurf, der eine Abschaffung der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit vorsah, nicht durchsetzen, allerdings wurde Altersteilzeit und eine modifizierte Regelung zur Altersrente wegen Arbeitslosigkeit vereinbart.

Mit frühestens 60 Jahren kann nach einer mindestens 24-monatigen Altersteilzeit eine Altersrente wegen Altersteilzeit beansprucht werden, die aufgrund von Zuschusszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an den Rentenversicherungsträger während der Teilzeitbeschäftigung (auf der Basis von 90 Prozent des Vollzeit-Bruttoentgelts) nur relativ niedriger ausfällt als bei regulärer Vollbeschäftigung. Im anderen Fall - also wenn aus der Arbeitslosigkeit in den Ruhestand gewechselt wird - werden Betroffene mit Rentenabschlägen von 3,6 Prozent/Jahr belastet. Dabei werden die Altersgrenzen in jährlichen Schritten ab 1997 um jeweils ein Jahr angehoben. Dieser Kompromiß, also über Altersteilzeitarbeit und mit Bundeszuschüssen einerseits neue Arbeitsplätze zu schaffen und andererseits Älteren einen alternativen Pfad in den Ruhestand zu eröffnen, steht im Widerspruch zu der bisherigen Praxis der Unternehmen, überhaupt Altersteilzeitarbeit zu ermöglichen. Ob dieses neue Modell unter wohlfahrtspolitischen Gesichtspunkten lediglich negative Auswirkungen auf die Lebenslage Betroffener haben wird - sie verlassen den Arbeitsmarkt weiterhin zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei einem ungünstigeren finanziellen Bedingungsgefüge - oder ob sich hier tatsächlich eine Trendwende anbahnt und personalpolitische Entscheidungen in einen stärkeren Bezug zu den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gedrängt werden können,

ist offen. Wie Ältere selbst diese Regelungen annehmen, ist ebenfalls unsicher. Bis jetzt wurde der vollständige, abrupte Berufsausstieg verschiedenen Teilzeitmodellen vorgezogen - allerdings noch unter wesentlich besseren Rahmenbedingungen. Ob unter dem Druck des Arbeitsmarktes sowie mangelnder Alternativen eine Interessensverschiebung eintritt, die partiell eine Trendumkehr des Frühverrentungsgeschehens bedeuten würde, wird sich zeigen.

Die Folgen der Frühverrentung in den neuen Ländern sind breit gefächert und keinesfalls primär negativ. Es zeigt sich, daß die Älteren trotz mitunter einschneidender Veränderungen im Lebensvollzug ihre soziale Situation sehr differenziert beurteilen. Bilanzierende Wertungen sind vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland ambivalent und häufig instabil. Gleichzeitig signalisieren die gewonnenen Längsschnittbefunde sozialpolitischen Handlungsbedarf, um die möglichen negativen Folgen der Frühverrentung vor allem im Bereich der psychosozialen Befindlichkeit zumindest zu entschärfen.

Literatur

- Altenreport '90; in: Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990
 ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit): 6,7/1993, 10/1994, 10/1995
 Bansemir, Gerd, Adelheid Kuhlmeier (1992): Zur Situation älterer Arbeitnehmer und die Aufgabe der Berufstätigkeit: Vorruhestand; in: Reiner-Maria Schütz; Adelheid Kuhlmeier, Hans Peter Tews (Hg.): Altern in Deutschland. Berlin, 144-150
 Blaschke, Dieter u.a. (1992): Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern - Zwischenbilanz und Herausforderung; in: IAB (Hg.): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2
 Bundestagsdrucksache (Hg.: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode): Nr. 12/484, Nr. 12/3737, Nr. 12/3974, Nr. 12/4632
 DZA (Hg.) (1996): Altenhilfe 2
 Engelbrech, Gerhard (1993): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Einstellungen ostdeutscher Frauen zur Erwerbstätigkeit zwei Jahre nach der Wende - Ergebnisse einer Befragung; in: IAB-Werkstattbericht Nr. 8/11.6.1993
 Ernst, Jochen (1993): Der vorzeitige Ruhestand in Ostdeutschland und einige Aspekte der sozialen Lage der Frührentner in den neuen Ländern; in: Sozialer Fortschritt 9, 211-216
 Ernst, Jochen (1995): Frühverrentung in Ostdeutschland. Ergebnisse einer empirischen Erhebung zu den Bedingungen und sozialen Folgen des vorzeitigen Ruhestandes. Frankfurt (M.)
 Globokar, Tatjana (1983): Der Übergang der Arbeitnehmer in den Ruhestand in Osteuropa; in: IAB (Hg.): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1, 53-60
 Habich, Ronald, Heinz-Herbert Noll (1992): Einstellung zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit; in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 5, 581-593

- Holst, Elke (1993): Ausgewählte Befunde zur Lebenslage in den neuen Bundesländern auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels; in: Walter Hanesch (Hg.): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. (Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe - Neue Folge 60), 53-73
- Jacobs, Klaus, Martin Kohli (1990): Der Trend zum frühen Ruhestand; in: WSI-Mitteilungen 8, 498-508
- Jagoda, Bernhard: (1993): Mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung und -probleme; in: Sozialer Fortschritt 8, 175-177
- Kohli, Martin (Hg.) (1995): Möglichkeiten und Probleme einer Flexibilisierung des Übergangs in den Ruhestand. Projektbericht an die DFG. Berlin
- Kretzschmar, Albrecht u.a. (1992): Vorruheständler - eine neue soziale Realität in Ostdeutschland. Kurzstudie; in: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Enquete-Kommission Demographischer Wandel, Kommissionsdrucksache 0126 (Hg.: Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien BISS), Bonn
- Landua, Detlef (1992): Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung durch die Betroffenen; in: WZB-Papers P92-102, Berlin
- Lehmann, Heiko (1994): Muster biographischer Verarbeitung des Transformationsprozesses von Vorruheständlern; in: Hildegard-Maria Nickel, Jürgen Kühl, Sabine Schenk (Hg.): Erwerbsarbeit im Umbruch. Berlin, 283-312
- Manow-Borgwardt, Philip (1993): Sozialversicherung in der DDR und BRD; in: MPIFG Discussion Paper 8, 2-31.
- Michel, Marion, Jochen Ernst, Steffi Riedel (1993): Strukturwandel in Ostdeutschland - eine Herausforderung für die Altenpolitik; in: Gerhard Naegele, Hans Peter Tews (Hg.), Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen, 286-300
- Müller-Syring, Rolf (1993): Fleißig und tüchtig, doch Verlust der Wettbewerbsorientierung. Wirtschafts- und Arbeitskultur in Sachsen im Vergleich; in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat, Heft 4: Die neuen Bundesländer, 281-286
- Naegele, Gerhard (1992): Zwischen Arbeit und Rente. Augsburg
- Naegele, Gerhard, Hans Peter Tews (Hg.) (1993): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen
- Priller, Eckhard (1992): Zeitverwendung im Wandel der DDR; in: Wolfgang Glatzer, Heinz-Herbert Noll (Hg.): Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung. Frankfurt (M.)/New York, 157-178
- Priller, Eckhard (1994): Vorzeitiger Ausstieg aus dem Erwerbsleben in den neuen Bundesländern - Gesellschaftliche Dimensionen und subjektive Auswirkungen; in: Hans-Joachim Kondratowitz (Hg.): Die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Altersverläufen. Berlin, 53-72
- Rosenow, Joachim (1992): Die Altersgrenzenpolitik in den neuen Bundesländern: Trends und Regulationsmechanismen im Transformationsprozeß - Differenzen zur Entwicklung in den alten Bundesländern; in: Zeitschrift für Sozialreform 11/12, 682-696
- Rudolph, Helmut (1990): Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern; in: IAB (Hg.): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4, 574-503

- Schuldt, Karsten (1991): Sozio-ökonomische Aspekte der Gestaltung der Lebensarbeitszeit in der DDR bis 1989; in: IAB (Hg.): Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 141
- Schupp, Jürgen, Roland Habich, Wolfgang Zapf (1996): Sozialberichterstattung im Längsschnitt - Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfahrtsproduktion; in: Wolfgang Zapf, Roland Habich, Jürgen Schupp (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt (M.)/New York, 11-45
- Schütz, Reiner-Maria, Adelheid Kuhlmeiy, Hans Peter Tews (Hg.) (1992): Altern in Deutschland. Kongreßband des 1. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie. Berlin
- Tews, Hans Peter (1993): Altern Ost - Altern West: Ergebnisse zum deutsch-deutschen Vergleich; in: Gerhard Naegele, Hans Peter Tews (Hg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen, 314-328
- Winkler, Gunnar (Hg.) (1990): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin
- Wolf, Jürgen (1991): Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den neuen Bundesländern; in: Zeitschrift für Sozialreform 11/12, 723-735
- Wolf, Jürgen (1992): Ältere Arbeitnehmer und der Übergang in den Ruhestand; in: Reiner-Maria Schütz, Adelheid Kuhlmeiy, Hans Peter Tews (Hg.): Altern in Deutschland. Kongreßband des 1. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie, 137-143

Anschrift des Verfassers:

Dr. Jochen Ernst
Freie Universität Berlin
Fachbereich Philosophie
und Sozialwissenschaften I
Institut für Soziologie
Babelsberger Str. 14
10715 Berlin